

## Zocken



**Wigbert Gerling**  
zu Tarif und Haushalt

Es geht beim Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Dienst auch um den staatlichen Haushalt, der aus den Steuergeldern gespeist wird. Das ist, gerade in einem finanziell schwachen Bundesland wie Bremen, allemal ein Interessenskonflikt. Es muss bei den Verhandlungen auch im Sinne aller derer, die nicht im öffentlichen Dienst sind, gezockt werden.

Für den Staat ist es immer eine Gratwanderung zwischen Abgebrühtheit und Naivität. Sagt er, wir haben ohnehin fünf Prozent im Haushalt für Gehaltserhöhungen eingeplant, kann er dieses Geld eigentlich gleich überweisen. Niedriger wird es nicht werden, so ist das bei Verhandlungen. Verkündet er vorab, er kalkuliere lediglich 1,5 Prozent ein, wird hinterher geklagt, er habe vorsätzlich für ein Haushaltsloch gesorgt. Man darf sicher sein, dass den Finanzplanern wie allen Bremerinnen und Bremern längst klar war, dass der Tarifabschluss für die Landesbediensteten höher als die eingeplanten 1,5 Prozent ausfallen wird. Nur ist es bei solchen Interessenskonflikten nicht üblich, sich schon vor dem Beginn der Verhandlungen in die Schatulle gucken zu lassen, damit alle sehen, was tatsächlich noch möglich ist. Das wäre auch nicht im Sinne derer, die regelmäßig einen Teil ihres Gehaltes an die Staatskasse abführen.

wigbert.gerling@weser-kurier.de



© MARIO LARS

## Drang zu Größe



**Petra Sigge**  
zur Milchquote

Früher standen die Milchkühe im Sommerhalbjahr auf der Weide. Heute sind sie oft ganzjährig in sogenannten Offenstellen untergebracht, die in den letzten Jahren auf den Höfen errichtet wurden. Wie viele Kühe ein Bauer halten kann, ist damit nicht mehr von der Größe seiner Weideflächen abhängig. Und wie viel Milch ein Landwirt produziert, kann er sich rein unternehmerisch überlegen: Wie viele Tiere kann ich optimal versorgen? Komme ich günstig an genügend Futter?

Die Milchquote war dabei nur noch hinderlich. Das Geld, was sie bisher für den Quotenkauf oder Strafzahlungen ausgeben mussten, können sich die Bauern in Zukunft sparen und stattdessen in ihre Höfe investieren. Viele tun das auch, nach dem Motto: je mehr Kühe, desto mehr Gewinn. Doch diese Rechnung muss nicht unbedingt aufgehen. Denn ist zu viel Milch am Markt, stürzt der Preis auch mal ab. Und das kann bei ungezügelter Wettbewerb ganz bitter werden. Wer produktiv genug ist und das Wachstum nicht nur auf Pump finanziert hat, übersteht eine solche Durststrecke vielleicht, wer nicht, muss aufgeben.

Aber nicht alle Milchproduzenten wollen diesen Wachstumswettbewerb mitmachen; sie suchen nach anderen Perspektiven für ihren Betrieb. Statt auf ganzjährige Stallhaltung setzen sie zum Beispiel auf Weidewirtschaft. Weil es Käufer gibt, die dafür gerne einiges mehr pro Liter bezahlen. Für das Versprechen, dass die Kühe nicht nur Silage zu füttern kriegen, sondern an mindestens 120 Tagen für mehr als sechs Stunden zum Grasfressen auf die Weide kommen. In Holland hat es Weidemilch bereits zu erstaunlichen Marktanteilen gebracht. Auch in Norddeutschland gibt es bereits Molkereien, die erfolgreich damit werben, dass ihre Milch von Weidekühen stammt. Und siehe da, auch das kann sich rechnen. Ohne Massenviehhaltung und auch ohne Milchquote. Man muss eben nur die Verbraucher bei Laune halten.

petra.sigge@weser-kurier.de

## Erfolgszwang



**Thomas Spang**  
zu den Atomverhandlungen

Für die Atomverhandlungen mit Iran schlägt die Stunde der Wahrheit: Eine weitere Nachspielzeit können sich die beteiligten Parteien jedenfalls nicht leisten. Dafür gibt es zu viele Kräfte, die dann alles daran setzen werden, den Prozess endgültig zu stoppen: angefangen bei der israelischen Regierung Netanjahu über Irans Erz-Rivalen Saudi-Arabien bis hin zum US-Kongress, der neue Sanktionen beschließen könnte. Am allerwenigsten kann es im Interesse des Regimes in Iran liegen, eine diplomatische Lösung zu verpassen. Wirtschaftlich steht Teheran durch sinkende Ölpreise und Sanktionen mit dem Rücken an der Wand. Und militärisch droht eine Konfrontation über seine Atomanlagen.

Aber auch der Westen hat viel zu verlieren. Die Alternative zu einem verhandelten Kompromiss wäre der Einsatz nackter Gewalt. Dabei hegen die Militärs größte Zweifel, ob es möglich ist, das Nuklearprogramm soweit zurückzubomben, dass es keine Gefahr mehr darstellt. Umso sicherer darf angenommen werden, dass Iran einen Angriff nicht einfach so hinnimmt.

Beide Seiten müssen sich bewegen, ein überprüfbares Abkommen zu erreichen. Ziel muss ein ausreichender Deal sein, der einen Nukleartestlauf in der Region verhindert. Es steht für alle Seiten zu viel auf dem Spiel, um in Lausanne nicht zum Abschluss zu kommen.

politik@weser-kurier.de

## Sägen am eigenen Ast



**Jürgen Wendler**  
zum Naturschutz

An einem Ort wird eine Bahnstrecke so gestaltet, dass die Züge keine Gefahr für seltene Vögel darstellen, an einem anderen lässt die Umsetzung von Plänen für ein Gewerbegebiet auf sich warten, weil zu nächst geschützte Reptilien umgesiedelt werden müssen. In Europa ist es inzwischen üblich, bei Bauprojekten auch den Naturschutz zu berücksichtigen. Was Naturfreunde freut, ist der Wirtschaft häufig ein Dorn im Auge. In anderen Teilen der Erde, so heißt es, gebe es solche Einschränkungen nicht. Länder wie China besäßen deshalb einen Wettbewerbsvorteil.

Die Neigung, solchen Einwänden zuzustimmen, ist bei vielen Menschen groß. Fragt sich nur, ob es auch klug ist. Gibt es überhaupt noch etwas, bei dem nicht in erster Linie wirtschaftliche Belange zählen? Wenn in öffentlichen Diskussionsrunden von Bildung die Rede ist, geht es in der Regel vor allem darum, wie sich wettbewerbsstaugliche Menschen heranzubilden lassen. Wenn über die Gesundheit diskutiert wird, zählt weniger das, was gut für Menschen ist, als vielmehr die Finanzierbarkeit von Leistungen. Die Wirtschaft ist das Maß der Dinge, und als Maß ihres Erfolgs gilt nach wie vor das Wachstum.

Dass dies jedoch alles andere als unproblematisch ist, hat schon der im Jahr 1972 veröffentlichte berühmte Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome in aller Klarheit deutlich gemacht. Darin findet sich unter anderem dieser nach wie vor aktuelle Satz: „Die lange Kette menschlicher Erfindungen hat bis jetzt zu Überbevölkerung, Zerstörung der Umwelt und zu größerer sozialer Ungleichheit geführt, da die Wirkung erhöhter Produktivität jeweils wieder durch das Wachstum von Bevölkerung und Kapital aufgehoben wurde.“ Dass es auch unter Wirtschaftswissenschaftlern durchaus solche gibt, die das Problem beim Namen nennen, beweist der Oldenburger Professor Niko Paech. Von ihm stammt zum Beispiel dieser Satz: „Unser ohne Wachstum nicht zu stabilisierender Wohlstand ist das Resultat einer umfassenden ökologischen Plünderung.“

Dass solche Aussagen alles andere als plakative Pauschalurteile sind, belegt eine Vielzahl von Fakten. Naturschutz hin oder her – Tatsache ist, dass die Belange der Natur nach wie vor insgesamt zu kurz kommen. „Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt“, schreibt das Umweltbundesamt. Jeden Tag wächst hierzulande der Raum für Siedlungen und Straßen um eine Fläche, die weit mehr als 100 Fußballfelder entspricht.

Auch der hohe Bedarf an Rohstoffen hat seinen Preis. Um Soja anzubauen, das dann als Tierfutter hilft, den großen Fleischkonsum der Europäer und Amerikaner zu ermöglichen, werden in Lateinamerika Regenwälder abgeholzt. Um die Nachfrage nach Fisch zu befriedigen, wird inzwischen selbst den Seehechten in antarktischen Gewässern nachgestellt. Und bei der Suche nach Erdölquellen sind nicht einmal mehr die

Tiefsee und die Arktis tabu. Die Umweltschutzorganisation WWF (World Wide Fund for Nature) bringt die Entwicklung so auf den Punkt: „Eineinhalb Erden sind derzeit nötig, um den aktuellen Ressourcenverbrauch zu decken.“

Wer die Erde und ihre Schätze lediglich als Verfügungsmasse für den Menschen sieht, folgt letztlich uralten Vorstellungen, etwa der vom Menschen als Krone der Schöpfung, der sich die Erde untertan machen sollte. Vor diesem Hintergrund erscheint dann auch der Naturschutz als überflüssiger Luxus.

Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der vergangenen Jahrzehnte sprechen jedoch eine andere Sprache. Sie zeigen unter anderem, dass der Mensch den Tieren sehr viel näher steht, als er selbst lange Zeit geglaubt hat. Auch Tiere sind zum Beispiel in der Lage, Werkzeuge zu gebrauchen oder sich sozial zu verhalten. „Beim Menschen gibt es nichts, was nicht in einigen Vorstufen bei nicht menschlichen Tieren bereits vorhanden ist“, hat deshalb der Bremer Neurobiologie-Professor Gerhard Roth geschrieben.

Es gibt für den Menschen allen Grund, die alte Neigung zur Selbstüberschätzung aufzugeben und sich stattdessen als das zu begreifen, was er tatsächlich ist: nur ein Teil eines großen Ganzen, des Systems Erde, in dem eins mit dem anderen zusammenhängt. Aus dieser Perspektive erscheint der Naturschutz nicht als Luxus, sondern als unbedingtes Muss.

Dass die Einsicht in solche Zusammenhänge am Ende Folgen für die Art des Wirtschaftens haben könnte, liegt auf der Hand. Vordenker wie Niko Paech, der sich für eine Postwachstumsökonomie, also eine Ökonomie ohne Zwang zum ständigen Wachstum, ausspricht, mögen eine kleine Minderheit sein – aber es gibt sie immerhin. Um auf die eingangs erwähnten Chinesen zurückzukommen: Wenn Chinesen und Deutscher gemeinsam auf einem Ast sitzen und der Chineser zu sägen beginnt, sollte dann auch der Deutsche damit anfangen? Oder wäre es nicht vielleicht besser, sich an das zu erinnern, was der Mensch sich selbst bereits in seinem wissenschaftlichen Namen schreibt: der Homo sapiens zu sein, der wissende Mensch?

juergen.wendler@weser-kurier.de

Flächenverbrauch in Deutschland:  
jeden Tag gut 100 Fußballfelder.

FOTO: DPA



**WESER KURIER**

BREMER ZEITUNG - UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTeilICH

**Bremer Nachrichten**

WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE  
unabhängig und überparteilich

**Verdener Nachrichten**

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN  
unabhängig und überparteilich

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chef vom Dienst: Daniel Killy

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien:  
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner

Wirtschaft: Andreas Kölling - Kultur: Iris Hetscher

Bremen und Regionalleitung: Peter Volth

Sport: Marc Hagedorn - Vermischtes: Jürgen Beermann

Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube

Layout: Stephan Meiniking - Redaktionelle Projekte:  
Stefan Dammann - Büro Berlin: Norbert Holst, Alexander Pitz

Büro Hannover: Peter Mlodoch

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum  
monatlich 29,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:  
Michael Sulenski, Leiter Vermarktung

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 69.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis  
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von  
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von  
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser  
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:  
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 36 71 10 00

Abonnenten-Service:  
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77 Telefax: 04 21 / 36 71 10 20

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de  
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):  
Telefon: 0800 / 36 71 22 2

\*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:  
Telefon: 04 21 / 36 71 0 Telefax: 04 21 / 32 83 27

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55

Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)

Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de

## PRESSESTIMMEN

## Berliner Zeitung

zur Umweltstudie: „Die Deutschen wollen ein gutes Leben führen. Sie wünschen sich Gesundheit, keine Not leiden zu müssen, Geborgenheit einer Familie und einen netten Lebensstandard. Doch wie eine neue Studie von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zeigt, kommt noch etwas hinzu: der Wunsch nach einer intakten Umwelt. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz werden demnach nicht mehr als Konkurrenten gesehen, vielmehr gilt der Schutz unserer Umwelt als notwendige Bedingung für den wirtschaftlichen Erfolg. Das ist ein gutes Zeichen.“

## Flensburger Tageblatt

zum Töten von Küken: „Das Grundproblem steht meist jedoch vor der Theke: Nämlich der fatale Ansatz des Verbrauchers, möglichst billig alle tierischen Produkte einzukaufen, sei es Fleisch, Fisch, Milch oder eben Eier. So lange hier die ‚Geiz ist geil‘-Mentalität Vorrang hat vor nachhaltigem und tiergerechten Konsumverhalten – das im Übrigen auch den Landwirten wieder mehr Spielraum geben würde –, wird sich wenig ändern in den Schlachthöfen und Brütereien.“

## Südwest Presse

zum Bundeswehr-Sturmgewehr G36: „Soldaten, die im Gefecht auf ein Sturmgewehr angewiesen sind, das sich von einer Deko-Waffe vor allem dadurch unterscheidet, dass es überhaupt schießt, sind schutz- und nutzlos. Am Ende bleiben Metallschrott, ein Imageschaden für den Hersteller Heckler & Koch und Ernüchterung. Denn für ihre phantastischen Ideen globaler militärischer Expeditionen fehlt von der Leyen selbst das einfachste Material. So kann sie nur das Wachbataillon ausrüsten – doch das benutzt ohnehin historische Waffen.“

## WESER-KURIER LIVE



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Das heißt: Mit Ihrem Smartphone, Tablet-PC und der App **WESER-KURIER LIVE** (kostenlos im App-Store und bei Google Play) können digitale Inhalte wie Videos, Audios, Bilderstrecken oder Internetseiten und weitere Informationen abgerufen werden. Bei aktivierter App auf „Scan“ tippen, mit der Kamera das Bild erfassen und schon wird der **WESER-KURIER** lebendig!